"DER COURIER"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada $2.50
to foreign countries $3.50
If paid in advance:—
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold == Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00
für Ausland $3.50

25. Jahrgang. 12 Seiten. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 12. Oktober 1932. 12 Seiten. Nr. 40.

Neue Session des canadischen Parlaments ist eröffnet

Das Reich als Getreide-Ausfuhrland.

Berlin plant Austausch des Getreides gegen Einfuhrwaren.

Berlin. — Deutschland wird wahrscheinlich mit nord- und südamerikanischen Getreide-Ausfuhrländern in Konkurrenz treten, wie Regierungs-Berichte andeuten. Die diesjährige Ernte in Weizen und Roggen beläuft sich auf 12,000,000 Tonnen, eine Zunahme von etwa 2,000,000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Mit Hinzufügung der Gerste- und Hafernernten, die ebenfalls Zunahmen gegen 1931 aufweisen, würde sich der diesjährige Getreideertrag für Deutschland auf ungefähr 23,000,000 Tonnen stellen, eine Zunahme von rund 3,000,000 Tonnen.

Angesichts dieses Ueberschusses werden Pläne für den Austausch des Getreides gegen andere Waren ausgearbeitet.

Preußische Beamten werden entlassen.

Berlin. — Den Beamten der preußischen Ministerien für Landwirtschaft, Handel und öffentliche Wohlfahrt ist bis 1. April gekündigt worden. Der Schritt erfolgt im Einklang mit einem kürzlich ergangenen Noterlaß, der darauf abzielt, im Interesse der Sparsamkeit alle Beamtenstellen Preußens, deren Funktionen sich mit denen gewisser Reichsministerien decken, abzuschaffen. Nichtoffiziell wurde erklärt, einige der zu entlassenden Beamten würden später anderweitig wieder eingestellt werden. Jedenfalls liegt die Absicht vor, die Zahl der preußischen Ministerien von acht auf vier zu vermindern.

Japaner melden Sieg über Chinesen.

Mukden. — Die japanischen Militärbehörden melden, daß ihre Truppen in einer Schlacht nahe Tahsing und Anganchi in der Mandschurei 1000 Mann des chinesischen Generals Li Hai Tsing getötet haben.

Der Bericht sagt, 3000 Mann der Armee General Lis seien auf einem hochgelegenen Gelände, das von Hochwasser des Nonni-Flusses zu einer Insel gemacht wurde, abgeschnitten wurden. Die Artillerie habe sich an dem Gemetzel beteiligt, worauf Infanterie und Flieger die Ueberlebenden verfolgt hätten.

Seit dem angeblichen Tode des Generals Ma ist Li Hai Tsing der gefährlichste Insurgentenführer in der Mandschurei. Er beherrscht die Gebiete von Nugan, Fuyu und Anta.

Thronrede des Generalgouverneurs deutet die Einbringung wichtiger Vorlagen an.

Optimistische Beurteilung der Lage in Westcanada. — Regierung glaubt, der Tiefstand der Wirtschaftsdepression sei überstanden.

Ottawa. — Das canadische Parlament trat am 6. Oktober zu seiner diesjährigen Session zusammen und wurde vom Generalgouverneur Lord Bessborough in üblicher Weise mit einer sogenannten Thronrede eröffnet.

Der Hauptinhalt der Thronrede ist kurz gefaßt folgender:

Die Dominiowahlkreise und damit die Volksvertretung im canadischen Unterhaus sollen einer Neuverteilung unterzogen werden, die der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre Rechnung trägt.

Geplant ist ferner, die Gültigkeit des canadischen Bankgesetzes und damit auch der canadischen Bank-Charters um ein Jahr zu verlängern. Eigentlich wäre in diesem Jahre die Revision des Bankgesetzes bereits fällig. Doch soll diese Revision mit Rücksicht auf die bevorstehende Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz um ein Jahr verschoben werden.

Einen bedeutsamen Platz in den Beratungen der gegenwärtigen Session des Parlaments werden

die Vereinbarungen der britischen Reichwirtschaftskonferenz in Ottawa

einnehmen, die ratifiziert und damit endgültig in Kraft gesetzt werden sollen.

Nicht minder wichtig für das canadische Wirtschaftsleben ist eine Gesetzesvorlage, die sich auf die zukünftige Gestaltung des canadischen Eisenbahnwesens bezieht und sich dabei auf die Untersuchungen und Ergebnisse der Königlichen Eisenbahn-Untersuchungskommission stützen wird.

Besonders wesentlich für das östliche Canada ist die in Aussicht genommene Ratifizierung des St. Lorenz-Wasserweg-Vertrages zwischen Canada und den Vereinigten Staaten nach Genehmigung durch den amerikanischen Senat.

Die Arbeitslosigkeit, die in Canada sich zu einem immer ernstern Problem gestaltet, wird ebenfalls zur Debatte stehen. (Nach neuerer Meldung will die R. B. Bennett-Regierung zur sogenannten direkten Unterstützung der Erwerbslosen übergehen.)

Ueber die allgemeine Wirtschaftslage in Westcanada

wurden in der Thronrede die folgenden optimistischen Worte laut: „Es bereitet uns Befriedigung, daß in jenen großen Gebieten des Westens, wo nach aufeinanderfolgenden Mißernten eine verbreitete Not sich fühlbar gemacht hat, die diesjährige reiche Ernte bedeutend bessere Verhältnisse verspricht und eine entsprechende Verminderung der Notstandshilfe ermöglicht."

An anderer Stelle heißt es: „Wenn auch die Wirtschaftsdepression noch schwer auf allen Klassen der Bevölkerung lastet, so sind wenigstens bestimmte Anzeichen dafür vorhanden, daß das akute Auftreten der Depression allmählich verschwindet... Die Stärke unserer Finanzstruktur, die reiche Ergiebigkeit unserer Landwirtschaft und die Unversehrtheit unserer Industrie haben uns in die Lage versetzt, aus einer Besserung der Verhältnisse schnell und gewinnbringend Vorteil zu ziehen."

Adolf Hitler ist siegesgewiß.

Prophezeit überwältigenden Wahlerfolg am 6. November.

München. — Vor der Propaganda-Abteilung der Nationalsozialisten hielt Adolf Hitler eine Rede, in welcher er einen überwältigenden Sieg der Nationalsozialisten für die Reichstagswahlen am 6. November prophezeite.

„Ich sehe dem Kampf mit absolutem Vertrauen entgegen", sagte er. „Die Schlacht kann jetzt beginnen. In vier Wochen werden wir die Sieger sein. Dann wird im Reichspräsidentenpalast die Erkenntnis aufdämmern, daß die nationalsozialistische Bewegung Dauer hat. Sie ist da, um nie wieder zu verschwinden.

„Es gibt nur zwei Möglichkeiten: man kann den Nationalsozialisten die Macht geben oder sie ihnen versagen. Versagt man sie uns, dann werden wir Euch fortschwemmen."

König von Italien in Afrika.

Massaua, Eritrea, Ostafrika. — Hohe Würdenträger Abessiniens und anderer afrikanischen Länder waren hier versammelt, um König Viktor Emanuel von Italien zu begrüßen, der zum ersten Male die italienische Kolonie Eritrea besucht.

Der König kam an Bord der königlichen Jacht „Savoia", begleitet von zwei Zerstörern, hier an und wurde mit 21 Kanonenschüssen begrüßt. Nach einem Empfang der Eingeborenen-Häuptlinge fuhr der König mit der Bahn nach Asmara weiter.

Viermächtekonferenz soll deutsche Wehrgleichheit erörtern

Zusage der deutschen und französischen Regierungen zur Einladung Großbritanniens, um Weg für Deutschlands Rückkehr zur Weltabrüstungskonferenz zu ebnen.

Berlin. — Der britische Geschäftsträger unterbreitete am 6. Oktober dem Auswärtigen Amt mündlich eine amtliche Einladung zu einer Konferenz der Mächte in London, um den Weg für Deutschlands Rückkehr zur Weltabrüstungskonferenz in Genf zu ebnen.

In Beantwortung der Einladung betonte Deutschland, daß die Reichsregierung nicht teilnehmen wird, es sei denn, daß gewisse Garantien gegeben werden, daß ihre Forderung nach Rüstungsgleichheit erfüllt wird. Der Geschäftsträger wurde unterrichtet, daß ohne Erfüllung dieser Forderung die Versammlung in London vergeblich sein würde.

Das Reichskabinett hat nach weiteren Verhandlungen am 7. Oktober beschlossen, die britische Einladung zur Beschickung einer Viermächte-Konferenz mit einer Note zu beantworten, in welcher die Bedingungen niedergelegt werden sollen, unter denen Deutschland geneigt sein würde, sich an der Tagung zu beteiligen.

Der Wortlaut dieser Note wird zu bekannt gegeben werden, nachdem das Dokument London erreicht hat. Aus guter Quelle verlautet indes, Deutschland werde in der Note darauf bestehen, daß sofort nach der Eröffnung der Tagung ein feststehendes Programm unterbreitet wird, dessen Hauptpunkt die Gleichberechtigung Deutschlands in Rüstungsfragen sein muß.

Frankreich sagt zu.

London, 8. Oktober. — Aus Paris ist hier soeben die Mitteilung eingetroffen, daß die französische Regierung den Vorschlag des britischen Ministerpräsidenten MacDonald für die Abhaltung einer Viermächtekonferenz über die deutsche Forderung nach Rüstungsgleichheit angenommen hat. Auf Grund dieser Meldung aus Paris gewinnt die Abhaltung der Konferenz eine größere Wahrscheinlichkeit.

In hiesigen diplomatischen Kreisen hat der französische Entschluß eine nicht geringe Ueberraschung hervorgerufen; denn die Pariser Regierung hat bisher sich ablehnend verhalten, wie man annimmt, aus Furcht vor dem Gedanken, daß dieser Schritt

als ein Zugeständnis an Deutschland

aufgefaßt werden könnte.

Die Forderung Deutschlands geht bekanntlich dahin, daß die übrigen Mächte ihre starre Opposition gegen die deutsche Forderung nach Rüstungsgleichheit vor dem Eintritt in die vorgeschlagenen Verhandlungen fallen lassen sollen.

Es ist heute noch nicht sicher, wann und wo die Konferenz der vier Mächte abgehalten werden wird. In Großbritannien herrscht jedenfalls in den Regierungskreisen die Ansicht vor, daß es äußerst wichtig ist, möglichst bald in die Erörterungen der Streitfrage einzutreten. Auf den Ort, an dem die Verhandlungen stattfinden, kommt es nicht so viel an.

Französische Presse schimpft auf Deutschland.

Paris. — Die französische Presse machte Deutschland für die Verschiebung der Viermächte-Konferenz verantwortlich, welche England zur Besprechung der deutschen Forderung der Gleichberechtigung in Rüstungsfragen angeregt hat.

„Excelsior" macht geltend, Premier Herriot habe dem britischen Konferenzvorschlag gegenüber nie eine negative Haltung eingenommen. Nachdem er indes Unterredungen mit dem britischen Botschafter Lord Tyrrell und dem englischen Außensekretär Sir John Simon gehabt, hätten die beiden eine Anzahl französischer Einwände so gut begründet befunden, daß sie es für angezeigt erachtet hätten, diese Einwände an den britischen Premier MacDonald weiterzuleiten. Erst dann sei die englische Ankündigung einer Verschiebung des Datums der Konferenz erfolgt. Offensichtlich seien diese Einwände in London mit einem richtigen Verstehen des französischen Standpunkts aufgenommen und geprüft worden.

Papstlicher Gesandter aus Mexiko verbannt

Die Verfolgung der katholischen Kirche flammt wieder auf.

Mexiko Stadt. — Erzbischof Leopoldo Ruizy Flores, der päpstliche Nuntius in Mexiko, bestieg am 4. Oktober ein Flugzeug, um sich in die Vereinigten Staaten zu begeben, nachdem durch einen Erlaß des mexikanischen Präsidenten seine Ausweisung als „schädlicher Ausländer" angeordnet worden war. Er war von zwei Agenten des Innendepartments und einem Verwandten namens Carlo Corte begleitet. Der Erzbischof beschränkte sich auf die Bemerkung, daß er das erstemal ein Flugzeug besteige.

Der Ausweisungsbefehl wurde vom Präsidenten in Uebereinstimmung mit einer Entschließung der mexikanischen Deputiertenkammer erlassen. Am Nachmittag sprach eine Abordnung der Kammer beim Präsidenten vor und stellte den formellen Antrag auf die Ausweisung des päpstlichen Vertreters. Der Präsident erwiderte, daß er bereits eine entsprechende Verordnung vorbereitet habe. Schon fünf Uhr früh war der Erzbischof geweckt und von Regierungsagenten in das Büro des Innensekretärs gebracht worden, wo er bis zum Abschluß der Beratung der Deputiertenkammer verbleiben mußte.

Die Ausweisung des päpstlichen Nuntius ist eine Auswirkung der Kontroverse, die im Anschluß an die letzte Woche veröffentlichte Enzyklika des Papstes über Mexikos religiöse Probleme zwischen den kirchlichen Würdenträgern und den politischen Machthabern neuerdings ausbrach.

Der Erzbischof legte das Dokument öffentlich als eine Anweisung an den Klerus und das Volk aus, keinen bewaffneten Widerstand gegen die Verfolgung der katholischen Kirche zu leisten. Er bestritt ferner, daß die Enzyklika den mexikanischen Klerus zur Unbotmäßigkeit gegenüber den Gesetzen aufreize.

Kirchenverfolgung in Mexiko greift weiter um sich.

Mexiko Stadt. — Die Legislatur des Staates Vera Cruz erteilte ihre Zustimmung zu einer Verordnung, durch die allen katholischen Priestern die staatsbürgerlichen Rechte aberkannt werden und der Gouverneur ermächtigt wird, sofort den gesamten Besitz der katholischen Kirche zu beschlagnahmen, um ihn für andere Zwecke zu verwenden.

Vera Cruz setzte im vergangenen Sommer ein Gesetz in Kraft, wodurch die Zahl der Priester auf je einen für 100,000 Einwohner beschränkt wurde. Die meisten Geistlichen verließen nach Annahme dieses Gesetzes den Staat.

Moskau und die Weltwirtschaftskonferenz

Wie sich die Sowjetregierung eine Verständigung der Staaten denkt.

Moskau. — Bis jetzt hat Sowjet-Rußland zu der in Aussicht genommenen internationalen Wirtschaftskonferenz noch keine Einladung erhalten und aus diesem Grunde nehmen auch die Regierungsbehörden davon Abstand, sich über die bevorstehende Tagung irgendwie zu äußern.

Nichtoffiziell wird allerdings der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Konferenz ohne die Zuziehung Rußlands, unvollständig sein würde. Sollte Rußland aber an den Beratungen teilnehmen, so dürfte es durch seine Vertreter ein scharf umrissenes Bild der derzeitigen Wirtschaftslage entwerfen, die sich in diesem Land infolge des Preisrückgangs russischer Ausfuhrwaren im Weltmarkt so verheerend auswirkt.

Obgleich die Regierung wenig Gelegenheit hat, der Angelegenheit ihre Beachtung zu schenken, so war doch in Erfahrung zu bringen, daß russische Delegaten bei einer etwaigen Beschickung der Konferenz von den gleichen Prinzipien geleitet sein dürften, die den Sowjet-Außenkommissar Maxim Litwinow kürzlich bestimmten, einen internationalen wirtschaftlichen Nichtangriffspakt in Vorschlag zu bringen.

Er machte damals geltend, Vorzugszölle seien nur dazu angetan, die derzeitigen wirtschaftlichen Zustände noch akuter zu gestalten. Die einzige Möglichkeit einer Besserung sei in einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Nationen zu suchen. Es liegt vollständig im Bereich der Möglichkeit, daß die Russen diesen Vorschlag erneut, sei es in seiner ursprünglichen oder in leicht abgeänderter Form, machen werden.

Wie erklärt wird, ist Rußland an der Besprechung der Währungsfragen der Welt, die auf der Weltwirtschaftskonferenz zur Sprache kommen sollen, wenig interessiert.

Arbeitslose schützen Schuldner.

Toronto. — Ungefähr 150 Arbeitslose haben zwei Versuche der Behörden, einem Walter Mays, der $150 Zinsen für eine Hypothek schuldete, eine Exmittierungsorder zuzustellen, erfolgreich abgewehrt.

Neue ungarische Regierung gebildet

Premier Julius Goemboes gilt als italienfreundlich. — Die anderen Männer des Kabinetts.

Budapest. — Zum ersten Male seit 1867 hat Ungarn ein Kabinett, dem keine Adligen als Mitglieder angehören. Das neue Ministerium, welches den Amtseid leistete, ist Italien besonders freundlich gesinnt.

General Julius Goemboes, Premier und Wehrminister, wird dem Parlament in einer Ansprache ein „Programm von 100 Punkten" vorlegen. In politischen Kreisen verlautet, daß etliche dieser Punkte sind: allmähliche Herabsetzung der Zinsraten, Preisbeschränkung der Lebensbedürfnisse, „Nationalisierung" der Landwirtschaft, Entwicklung von Ausfuhrmärkten durch Verhandlungen mit anderen Ländern, Konvertierung von Hypothekenschulden und Aufrechterhaltung einer gesunden Währung.

Das Kabinett ist aus verhältnismäßig jungen Männern zusammengesetzt, nur zwei der neuen Minister haben das 60. Lebensjahr erreicht. General Goemboes, Nachfolger des Grafen Karolyi auf dem Premierposten, ist 46 Jahre alt und ein Bewunderer des italienischen Premiers Mussolini. Er war hervorragend an der Gegenrevolution gegen das nach dem Kriege eingesetzte Kommunisten-Regime beteiligt und vereitelte 1921 das Vorhaben des Ex-Kaisers Karl, den ungarischen Thron zurückzugewinnen. Wesentlich hat er dazu beigetragen, die Verständigung zwischen Ungarn und Italien zu fördern.

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Französische Bauern protestieren.

Paris. — 400 Weizenbauern drangen in das Gebäude der Produktenbörse ein und protestierten gegen das Gebahren der Spekulanten. Die Polizei mußte das Gebäude räumen. Vor diesem plötzlichen Ausbruch hatten die Farmer sich in einer Massenversammlung über die niedrigen Weizenpreise beklagt. Verschiedene wurden verhaftet.

Berühmter Oesterreicher gestorben

Die wechselvollen Schicksale Slatin Paschas in Afrika.

Wien. — Rudolf, Freiherr von Slatin, der letzte überlebende romantische Held aus der Zeit, da Großbritannien den Sudan eroberte, ist in einem hiesigen Sanatorium gestorben. Er war 75 Jahre alt.

Rudolf Slatin war am 7. Juni 1857 in Tien geboren. Er wurde, nachdem er ganz kurze Zeit Offizier im österreichischen Heere gewesen war, als blutjunger Mensch Afrikareisender — er begleitete im Jahre 1875 die Heuglinsche Expedition nach Khartum.

Sodann machte er eine selbständige Forschungsreise nach Dar Fuba und lernte den britischen Oberfeldherrn der ersten Sudan-Feldzüge, den General Gordon, kennen. General Gordon machte ihn im Jahre 1878 zum Mudir von Dar Fur und drei Jahre später ernannte ihn die Königin Viktoria zum Generalgouverneur von Dar Fur.

Dort hielt er sich in 27 siegreichen Gefechten gegen die fanatischen Truppen des Mahdi, die den seinen an Zahl weit überlegen waren, aber im Juni wurde er von den Mahdisten gezwungen, sich zu ergeben. Der Mahdi ließ ihn zuerst zehn Monate in Andurman in Ketten halten, berief ihn aber dann in sein Heerlager, weil Slatin zum Islam übergetreten war. Er konnte sich auf einem beschränkten Raumgebiet frei bewegen, wurde aber so scharf überwacht, daß es ihm erst im Jahre 1895 — nach fast elfjähriger Gefangenschaft — gelang, nach Assuan zu entfliehen.

Im Jahre 1897 trat er als Slatin Pascha in den ägyptischen Generalstab ein, wo Lord Kitchener sein Oberbefehlshaber war, und erhielt einen englischen Baronet-Titel. 1899 wurde er in seiner Heimat in den Adelstand und 1906 in den Freiherrnstand erhoben. 1896 veröffentlichte er sein berühmtes Buch „Feuer und Schwert im Sudan", in welchem er seine sämtlichen afrikanischen Abenteuer sehr lebhaft schilderte.

Von 1900 bis nahezu zum Ausbruch des Weltkrieges war er Generalinspektor der britischen Truppen im Sudan. Dann nahm er seinen Abschied und ging nach Oesterreich zurück. Im Weltkrieg kämpfte er im österreichisch-ungarischen Heere.

Vor kurzem unterzog er sich in Wien einer Magenoperation, von der er sich nicht wiederholt hat.

Regierungskrise in Rumänien.

Wien. — Depeschen aus Bukarest melden, daß das Kabinett des Premiers Vaida Voevod zurückgetreten ist. Der Premier begab sich nach Roman, wo König Karol den Herbstmanövern der Armee beiwohnt, um mit dem Monarchen die schwierige Lage zu besprechen, entstanden aus der Weigerung des Kabinetts, den Empfehlungen des Völkerbund-Finanzkomitees zuzustimmen.

In hiesigen unterrichteten Kreisen wird die Meinung ausgesprochen, daß ein Rücktritt des Kabinetts unvermeidlich sei und die nächste Regierung in Rumänien wahrscheinlich von Nikolaus Titulescu als Premier geführt werden wird.

Hindenburgs Dank an alle Gratulanten.

Berlin. — Am Rundfunk sprach Reichspräsident von Hindenburg den 22,000 Personen, welche ihm am 2. Oktober zu seinem 85. Geburtstag Glück gewünscht hatten, seinen herzlichsten Dank aus. Er schloß daran die Aeußerung seines eigenen Wunsches an, daß alle Deutschen am Wiederaufbau des Vaterlandes zusammenarbeiten möchten.

„Wir stehen", sagte er, „einer schweren Aufgabe gegenüber. Wir kämpfen für Freiheit und Gerechtigkeit nach außen und für Arbeit und Brot im eigenen Lande.

„Es wird mein Bestreben als rechtlicher und unparteiischer Treuhänder der Nation sein, alle Deutschen zu diesem Werke zu vereinen. Für die Zukunft Deutschlands Opfer zu bringen, muß jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau Wunsch sein. Wer mir dabei hilfreich zur Seite steht, der hat mir die beste Geburtstagsfreude beschert. In diesem Sinne vorwärts mit Gott!"

50 Kommunisten in Stuttgart verhaftet.

Stuttgart. — Die hiesige Polizei nahm in einer Geheimversammlung, die in einem unweit von hier liegenden Walde abgehalten wurde, 50 Kommunisten fest. Sie stehen bei den Behörden im Verdacht von hochverräterischen Umtrieben.

Immer wieder sucht die Menschheit neue Wege zu alten Zielen.